



Detailansicht des Registereintrags

Salzgitter AG (Holding)

Aktuell seit 30.06.2026 09:57:47

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R002296
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	30.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: 10 PRA Eisenhüttenstraße 99 38239 Salzgitter Deutschland Telefonnummer: +495341218898 E-Mail-Adressen: heck.a@salzgitter-ag.de Ehinger.N@salzgitter-ag.de Webseiten: <u>www.salzgitter-ag.com</u>
Hauptstadtrepräsentanz:	Georgenstraße 22 10117 Berlin Telefonnummer: +495341212860 E-Mail-Adresse: herzog.l@salzgitter-ag.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1.210.001 bis 1.220.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

4,11

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dipl.-Ing. Gunnar Groebler**

Funktion: Vorsitzender des Vorstandes (CEO)

2. Dipl.-Ökonomin Birgit Potrafki

Funktion: Mitglied des Vorstandes, Vorstand Finanzen (CFO)

3. Diplom-Volkswirtin Birgit Dietze

Funktion: Mitglied des Vorstandes; Vorstand Personal (CPO)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):**1. Dipl.-Volkswirt Alexander Heck****2. M.A. Helge Langheim****3. M.A. Lizzie Herzog****4. M.A. Maximilian Lauer****5. M.A. Philipp Tschinke****6. M.A. Cara Bien****7. Dr.-Ing. Dipl.-Phys. Volker Hille****8. Dipl.-Ing. Gunnar Groebler****Mitgliedschaften (19):**

1. Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl)
2. The European Steel Association (EUROFER)
3. VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V.
4. bauforumstahl e.V.
5. VDMA Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.
6. Deutscher Wasserstoff-Verband (DWV) e.V.
7. Institut der Norddeutschen Wirtschaft e.V. (INW)
8. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
9. Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV)
10. Forum für Zukunftsenergien e.V.
11. Hydrogen Europe
12. Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e.V. (BDSV)
13. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
14. Stiftung KlimaWirtschaft

15. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
16. Bundesverband Sekundärstoffe und Entsorgung (BVSE)
17. Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.
18. DIRK - Deutscher Investor Relations Verband e.V.
19. Verband deutscher Metallhändler und Recycler e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (26):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Rechtspolitik; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Automobilwirtschaft; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Salzgitter AG verfolgt systematisch den politischen Diskurs, hält direkt und indirekt (ggf. durch Dritte) Kontakt zu relevanten politischen Institutionen und bringt Expertise in politische Prozesse ein. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur

Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der

Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Im Dialog mit kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Akteuren setzen wir auf sachliche Informationen und eine glaubwürdige, transparente Kommunikation. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und

Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt. In diesem Kontext verweisen wir auf unsere Konzernpolitik, keinerlei Spenden oder Zahlungen an politische Parteien zu leisten. Wir sehen uns zu politischer Neutralität verpflichtet, was sich in einem offenen Austausch mit allen demokratischen Parteien widerspiegelt.

Eine eigenständige Überwachung konzernrelevanter Themen durch politisches Monitoring ist Grundlage für eine effektive Interessenvertretung: Frühzeitig politische Vorhaben zu erkennen, die die Konzernaktivitäten oder das unternehmerische Umfeld (un-)mittelbar beeinflussen, kommt entscheidende Bedeutung zu. Um unsere Tätigkeiten in diesem Aufgabenfeld zu intensivieren,

verfügt der Salzgitter-Konzern über Außenstellen in Berlin sowie Brüssel.

Die Salzgitter AG ist bereits seit 2014 im Transparenzregister der EU registriert (Identifikationsnummer: 484497715199-45). Interessierte können so - in Ergänzung zu unseren Angaben im Lobbyregister des Bundestages - Einblick in die aufgewendeten Mittel und Ressourcen der politischen Arbeit auf europäischer Ebene erhalten.

Zu den wesentlichen aktiv begleiteten politischen Themen der vergangenen Jahre gehörten neben der allgemeinen Industrie- und Branchenpolitik (z.B. Handlungskonzept Stahl und dessen Umsetzung) vor allem Klima-, Energie- und Umweltpolitik (wie etwa die Umsetzungsrechtsakte zum EU-ETS ab 2021, CO2-Grenzausgleichsmechanismus, kohlenstoffarme Technologien, Nationale Wasserstoffstrategie), Handelspolitik (Handelsschutzverfahren und -instrumente, Safeguard-Maßnahmen, WTO-Reform), Forschungs- und Innovationspolitik (wie zum Beispiel IPCEI Wasserstoff), Verkehrspolitik sowie Arbeits- und Sozialpolitik.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Einsatz von Wasserstoff in der Primärstahlindustrie: Risiken überbrücken und Voraussetzungen für Markthochlauf schaffen

Beschreibung:

Für die Salzgitter AG ist die ausreichende Verfügbarkeit von Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen eine wichtige Voraussetzung für die Dekarbonisierungsziele des „IPCEI Wasserstoff“-geförderten Transformationsprojektes SALCOS®. Ziel der Interessenvertretung ist es, die Kostenlücke durch angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen zu schließen, den Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur zu ermöglichen und verbleibende Risiken für erste Wasserstoff-Lieferverträge zu schließen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10014 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2506 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf und weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]; WindSeeG [alle RV hierzu]; StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2406240193 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2512230002 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. SG2606290059 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. EU-Grenzausgleich CBAM praktikabel und effektiv gestalten

Beschreibung:

Die EU führt mit dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) ein System ein, das Klimaschutz und Marktmechanismen verbinden soll, um Carbon Leakage zu verhindern. Ziel der Interessenvertretung ist es, einen reibungslosen Übergang für Unternehmen durch längere Fristen und flexiblere Regelungen zu gewährleisten, bürokratische Hürden durch eine Anpassung der Bagatellgrenze abzubauen, die Wettbewerbsfähigkeit durch den Schutz von Exporten zu fördern und den CBAM auf weitere Sektoren auszudehnen, um potenzielle Emissionsquellen umfassend abzudecken.

Interessenbereiche:

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2406240197** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2606290060** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **Etablierung von Leitmärkten für klimafreundlichen Stahl**

Beschreibung:

Ein zentraler Baustein einer nachhaltigen und resilienten heimischen Stahlindustrie ist die Etablierung von Leitmärkten. Mithilfe politischer Marktanreize sollen die Nachfrage nach CO₂-reduzierten Stahlprodukten verlässlich gestärkt werden, bis sie sich in voller Breite in den Absatzmärkten durchgesetzt haben.

Viele Ansätze sind bereits vorhanden: Gutschriften für den Einsatz CO₂-reduzierten Stahls „Made-in-EU“ bei den Auto-Flottengrenzwerten oder die Ausrichtung der öffentlichen Vergabe auf Nachhaltigkeit und Resilienz. Entscheidend ist nun die richtige Ausgestaltung und Umsetzung.

Standards wie der Low Emission Steel Standard (LESS) erleichtern die Nachweisführung von Nachhaltigkeitskriterien und sollten in Produktverordnungen und Vergabeverfahren direkt verwendet werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Rechtspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2603310012 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2606290106 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. Verschärfung der Einfuhrzölle auf russische Brammen**Beschreibung:**

Verschärfung der Einfuhrzölle auf russische Brammen, um die schädlichen Auswirkungen der verlängerten Übergangsfristen für russische Halbzeuge abzufedern.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406250190 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2412190021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

5. Transformative Industriepolitik**Beschreibung:**

Die Salzgitter AG appelliert an die Politik, die Transformation zu einer klimaneutralen Stahlproduktion aktiv zu unterstützen. Dies ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der deutschen Industrie sowie für das Erreichen der nationalen Klimaziele. Kernforderungen sind die Senkung der Energiekosten (insbesondere Reduzierung der Netzentgelte und Wasserstoffkosten), die Förderung der Wasserstoffinfrastruktur, die Etablierung Grüner Leitmärkte (verbindliche Berücksichtigung nicht preislicher Kriterien - Klimafreundlichkeit, Kreislauffähigkeit - und Local-Content Vorgaben im Vergaberecht), die Sicherung der Finanzierung der Transformation und der Schutz vor unfairem internationalen Wettbewerb.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14026 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes für einen Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten im Jahr 2025

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2412190023 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2506260062 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. **SG2512230003** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.09.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. **Sondervermögens für Infrastruktur nutzen, um die Transformation der deutschen Industrie, insbesondere der Stahlindustrie, gezielt zu unterstützen.**

Beschreibung:

Unsere Bemühungen zielen darauf ab, die geplante Einführung eines Sondervermögens für Infrastruktur zu nutzen, um die Transformation der deutschen Industrie – insbesondere der Stahlindustrie – gezielt zu unterstützen. Damit kann der Umbau hin zu klimafreundlichen Technologien und CO2-reduzierten Produkten beschleunigt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der heimischen Industrie gestärkt werden. Es wurde die Einrichtung eines Transformationsfonds gefordert, um die industrielle Umstellung nachhaltig zu finanzieren und auch sicherheitspolitisch relevante Ziele – wie eine starke inländische Stahlproduktion – zu untermauern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/15117 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU/CSU - Drucksache 20/15096 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109, 115 und 143h) - b) zu dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 20/15098 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 109 und 115) - c) zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drucksache 20/15099 - Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Verteidigungsfonds für Deutschland und zur Änderung des Grundgesetzes...

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]

7. **Ein stabiles EU-ETS ist Basis milliardenschwerer Investitionen in die Dekarbonisierung. Anpassungen dürfen nicht zu Nachteilen für Frontrunner führen.**

Beschreibung:

In einer Phase zunehmender geopolitischer Unsicherheit und wachsender internationaler Konkurrenz ist ein verlässlicher, langfristig planbarer klimapolitischer Rahmen eine zentrale Voraussetzung für Investitionen in die Energiewende und die industrielle Transformation in Europa. Für energieintensive Industrien ebenso wie für neue strategische Technologien

entscheidet politische Glaubwürdigkeit darüber, ob Investitionen in Europa getätigt werden. Der EU-Emissionshandel ist dabei nicht nur ein klimapolitisches Instrument, sondern ein zentraler Investitions- und Innovationsmotor für die europäische Industrie. Seine Verlässlichkeit und klare Perspektive sind entscheidend, um Kapital für Dekarbonisierung, Elektrifizierung und den Hochlauf sauberer Schlüsseltechnologien zu mobilisieren.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603310007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

8. Effektiver Schutz vor den Folgen der globalen Überkapazitäten: Jetzt neue Zollkontingente einführen

Beschreibung:

Die Salzgitter AG setzt sich für die Einführung eines neuen handelspolitischen Instruments in Form von Zollkontingenten ein. Dieses sollte spätestens zum 01.07.2026 mit dem Ende der EU-Safeguards starten. Die Kontingente sind gegenüber dem bestehenden System zu halbieren. Sie sollten dauerhaft für alle Länder gelten und möglichst alle Stahlprodukte sowie wesentliche Teile der Stahl-Wertschöpfungskette umfassen. Importe oberhalb der zugeteilten Quoten sind mit 50% Zoll zu belegen, analog zu den Regelungen in den USA und Kanada.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603310010 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (15):

1. Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

FuE-Zuschuss Verbundprojekt Car2Car im Rahmen der Förderrichtlinie “Neue Fahrzeug- und Systemtechnologien“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Förderprojekt Car2Car entwickelt Technologien für optimiertes Recycling von Altfahrzeugen.

2. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF.722)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

FuE-Zuschuss Verbundvorhaben DRI-EOS: Energierahmenprogramm-Verbundvorhaben - DRI-EOS: Nutzung von auf DRI-Basis erzeugter EAF-Schlacke in der Zementindustrie - Teilprojekt 5 ' Materiallogistik, Schlackenuntersuchung und Projekttransfer

3. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

FuE-Zuschuss Verbundvorhaben H2Mare_VB1: H2Wind ' Autarke Offshore-H2-Elektrolyse ' Teilvorhaben: Sichere Auslegung von Röhrenspeichern für Eigenversorgung und Flautenmanagement

4. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

FuE-Zuschuss des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für das Leitprojekt TransHyDE. Ausführende Stelle: Salzgitter Mannesmann Forschung GmbH.

5. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 261.960.001 bis 261.970.000 Euro

Zuwendung SALCOS - CO2-arme Stahlherstellung durch Wasserstoffeinsatz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Empfänger: Salzgitter Flachstahl GmbH.

6. Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hannover

Betrag: 108.450.001 bis 108.460.000 Euro

Zuwendung SALCOS - CO2-arme Stahlherstellung durch Wasserstoffeinsatz des Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung. Empfänger: Salzgitter Flachstahl GmbH.

7. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Zuwendung für Verbundvorhaben: ORka3D - Optimierung des Ressourceneinsatzes bei Schweißkonstruktionen durch die automatisierte in-line Lebensdauerbewertung auf Basis von 3D-Scans; Teilvorhaben: Entwicklung eines anwenderunabhängigen Verfahrens zur Qualitätskontrolle für Schweißverbindungen von Rohrknoten mit 2D- u. 3D-Scans

8. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zuwendung Verbundvorhaben: GrInHy3.0, Grüner industrieller Wasserstoff durch Hochtemperatur-Dampfelektrolyse in einer Stahlwerks Umgebung; Teilvorhaben: Betrieb und Validierung einer Hochtemperatur-Dampfelektrolyse in Industrieller Umgebung. Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter, Niedersachsen

9. European Union - European Research Executive Agency

Europäische Union
Brüssel

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Zuwendung im Rahmen des Programms SurfConInspect: Projekt zur Ermöglichung einer Null-Fehler-Fertigung für die Flachstahlproduktion durch optimierte Inspektionsergebnisse und eine neue Stufe der Online-Oberflächenqualitätskontrolle.

10. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF.722)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Kapelle-Ufer 1, 10117 Berlin

Betrag: 70.001 bis 80.000 Euro

FuE-Zuschuss für das Begleitforschungsprojekt “BeWiSer” des Konsortiums Salzgitter AG, Fraunhofer-Instituten IKTS, ISI und UMSICHT. Das Projekt dient der weiteren Optimierung der geplanten SALCOS-Verfahrensrouten (Salzgitter Low Carbon Steelmaking). In dem Projekt wird die gesamte Prozesskette im Hinblick auf Ressourcen- und Energieeffizienz

betrachtet. Die seitens der Salzgitter AG bereits begonnene bauliche Transformation der Stahlproduktion wird damit wissenschaftlich begleitet.

11. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Zuwendung für Verbundvorhaben: SuSteelAG – Strategische Allianz zwischen Australien und Deutschland zur CO₂-Produktion von Eisen und Stahl

12. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro

Zuwendung für Verbundvorhaben: Railway-X – Entwicklung von Ansätzen zum Datenaustausch innerhalb der kompletten Bahn-Wertschöpfungskette mit Fokus auf Product-Carbon-Footprint-Berechnungen.

13. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 140.001 bis 150.000 Euro

Zuwendung für Verbundvorhaben: Wasserstoff-Lok – Umrüstung einer konventionellen Rangierlok auf Wasserstoff-Betrieb

14. Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt (MWL)

Deutsche Öffentliche Hand – Land
Hasselbachstraße 4, 39104 Magdeburg

Betrag: 590.001 bis 600.000 Euro

Öffentliche Finanzierungshilfe Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) - Gewerbliche Wirtschaft. Zuwendungsempfänger: Ilseburger Grobblech GmbH, Salzgitter Klöckner-Werke GmbH

15. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin

Betrag: 590.001 bis 600.000 Euro

Öffentliche Finanzierungshilfe Anteil des Bundes an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) - Gewerbliche Wirtschaft. Zuwendungsempfänger: Ilseburger Grobblech GmbH, Salzgitter Klöckner-Werke GmbH

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[szag-gb2025-gesamt.pdf](#)